

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANNNS, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

2. Jahrgang - Nummer 8/9

Bonn - im Aug./Sept. 1954

I N H A L T

DAS KATHOLISCH-EVANGELISCHE VERHÄLTNIS.....	S. 1
GRUNDSÄTZLICHES ZU EINER LANDTAGSWAHL.....	S. 7
WIEDERAUFBAU DES GESCHICHTSBEWUSSTSEINS.....	S. 10
✓ GEMEINSCHAFT DER CHRISTEN UND EINHEIT DER DEUTSCHEN.....	S. 13
GOTTES REICH - DAS REICH DER DEUTSCHEN.....	S. 15
EIN GELUNGENES EXPERIMENT.....	S. 19
POLITISCHER QUERSCHNITT.....	S. 22
UNS WIRD GESCHRIEBEN.....	S. 27

DAS KATHOLISCH-EVANGELISCHE VERHÄLTNIS

von Karl-Heinz Schmidhüs

Wir sind dankbar, unseren Lesern zu diesem gerade in den vergangenen Monaten in evangelischen Kreisen häufig diskutierten Thema nachstehend einen bemerkenswerten Beitrag aus der Feder des bekannten katholischen Publizisten und Herausgebers der Herder-Korrespondenz vorlegen zu können, den wir hiermit zur Diskussion stellen. Die Red.

Der aufmerksame Beobachter unserer deutschen Zeitgeschichte bemerkt, wie in letzter Zeit das katholisch-evangelische Verhältnis erheblichen Belastungen ausgesetzt wird. Nicht alle sind symptomatisch; einige, die durch Landtagswahlen entstehen, gehen vorüber. Aber dann bleiben noch genug, und Befürchtungen werden laut, es könnte einmal zum Bruch kommen. So ist es hohe Zeit, sich nüchtern und in guter Freundschaft darüber klarzuwerden, was eigent-

Redaktion: Hans Strümpfel

Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU · Bonn, Görresstraße 40, Ruf: 21131

lich im Gange ist. Diese Besinnung ist notwendig, weil wir nicht an eine Kündigung denken, sondern im Gegenteil an eine Befestigung und Stärkung dieses, aufs Ganze gesehen, politischen Bündnisses. Wir sagen: p o l i t i s c h e s B ü n d n i s, und vollziehen so den ersten Schritt zur Nüchternheit, ohne zu bestreiten, daß es unter den gültigen Fundamenten dieses Bundes auch die heilige Taufe gibt, dazu den Glauben der Kirche, das Apostolische Credo. Leider sind das keine zwingenden Politica. Unvergessen ist die Zeit, da man sich auf diesem Fundament den Krieg ansagte; und konfessionelle Propagandisten sind rührig am Werke, die Erinnerung an solche Zeiten neu zu wecken, um besser gegen den "Klerikalismus" schüren zu können: das ist die Einheitsparole für eine Koalition "von Luther bis Marx".

Darum nennen wir lieber andere Fundamente, die von der politischen Geschichte gelegt wurden - denn sie sind schwer zu erschüttern. Da ist zuerst das gemeinsame Versagen bei der Machtübernahme des Nationalsozialismus, das aus einem positiven, aber irrenden Verantwortungsbewußtsein und mangelnder Erfahrung mit dem totalen Staat kam. Daraus folgte die ebenso gemeinsame Abwehr dieses Staates nach dem Erkennen seines menschenvernichtenden Wesens, ein gemeinsames Erschrecken und Leiden, und schließlich, nach dem Zusammenbruch, die gemeinsame Entschlossenheit, ein neues Staatswesen aufzurichten, das solche menschenentwürdigende Katastrophe nie mehr gestatten wird. Es gilt, eine "verantwortliche Gesellschaft" zu begründen, die rechtzeitig allen Tendenzen politischer, wirtschaftlicher und geistiger Verstaatlichung des Menschen entgegenwirkt. Damit ist die politische Zweckbestimmung des katholisch-evangelischen Verhältnisses klar und hinreichend bezeichnet. Sie liegt im bonum commune.

Wenn die Dinge so einfach liegen, woher dann die wachsende, konfessionelle Spannung? Sie ist doch da! Sie erwächst sogar, wie wir meinen, aus zwangsläufigen, sinnerfüllten Zusammenhängen, an denen menschlicher Wille wohl zunächst nur wenig ändern können. Da ist auf evangelischer Seite als Hauptsorge die Bewahrung der kirchlichen Einheit mit den Glaubensbrüdern in der Ostzone. Sie überragt alles und lebt im politischen Raum von dem nicht zu überwindenden Mißtrauen, daß wir Katholiken diese Sorge nicht in gleicher Weise teilen und nicht mit derselben politischen Rücksicht verfolgen. Sodann kommt hinzu, z.T. mit ihr zusammenhängend, die ökumenische Dynamik. Seit der Gründung des "Weltrates der Kirchen" zu Amsterdam im Jahre 1948 hat sich ein starkes überkonfessionelles Sendungsbewußtsein entfaltet, das in der weltpolitischen Spannung eine christliche Lösung zwischen den Gegensätzen West und Ost sucht. Daneben ist ein nicht minder starkes konfessionelles Selbst-

bewußtsein herangewachsen, besonders bei den Lutheranern, die sich im "Lutherischen Weltbund" gesammelt haben, um eine eigene ökumenische Politik innerhalb des Weltrates durchzuführen. Sie stehen zur Zeit unter der Führung des Landesbischofs D. Hanns Lilje. Im katholischen Bewußtsein werden diese weltweiten Realitäten wenig beachtet, nicht richtig eingeschätzt und nicht ernst genommen. Man empfindet sie sogar als lästig. Aber damit werden sie nicht außer Kraft gesetzt. In jedem Falle wächst ein dem Katholischen bewußt entgegengesetztes, oft gegnerisches ökumenisches Selbstbewußtsein heran. Dieses ist eine politische Potenz ersten Ranges und wirkt in die deutsche Innenpolitik hinein, und zwar nicht weniger als der vermeintliche Ultramontanismus.

Daran ändert kaum etwas, daß unter diesem vordergründigen Selbstbewußtsein die Wahrheitsfrage aufgebrochen ist. Sie verschärft sogar die Spannung. Es sind aber nicht katholische Apologeten, die hier Unruhe stiften. Vielmehr sind es ökumenische Theologen und Missionare verschiedener Glaubensgemeinschaften, die sich gegenseitig unter der Gewissensnot bedrängen, eine Kirche sein zu sollen. Dabei werden besonders die lutherischen Positionen, die einer institutionellen Einheit der Kirche abgeneigt sind, kräftig in Frage gestellt. Katholiken sind bei diesem dramatischen Gespräch kaum Zuschauer, von gewissen ökumenisch verpflichteten Theologen abgesehen; man kann ihre Beteiligung - wenigstens in Deutschland - schwerlich eine öffentliche und beachtliche nennen.

Jedoch, da gibt es drüben in den eigenen Reihen Männer, die eine ernste theologische Unsicherheit im evangelischen Kirchenwesen fördern. Einst standen sie Seite an Seite im Kirchenkampf mit heute führenden Persönlichkeiten der EKD und mancher Landeskirchen. Sie bekämpften innerhalb der Erweckungsbewegung der "Bekennenden Kirche" gemeinsam die "Deutschen Christen" und das nationalsozialistische Staatskirchentum. Dabei entdeckten sie, von der neutestamentlichen Exegese unterstützt, aus den Erfahrungen kirchlicher Selbstbehauptung heraus mehr vom Wesen der Kirche als im Protestantismus gemeinhin gewußt wird. Diese Entdeckungen, unterdessen weit verbreitet, aber noch nicht kirchlich verarbeitet, haben den einen oder anderen zur katholischen Einheit der Kirche unter dem römischen Papst geführt. Das ist das Skandalon! Seit acht Jahren ereignen sich **K o n v e r s i o n e n**, die zu denken geben, und neue werden befürchtet. Öffentliche Erörterungen eines möglichen Anschlusses an Rom und Eifrigkeiten gewisser Konvertitenkreise lassen unter evangelischen Kirchenführern ein Gefühl aufkommen, als gäbe es gleichsam eine "fünfte Kolonne des Papstes" in der EKD, hinter der gar eine planvolle katholische Strategie der "Rekatholisierung" Deutschlands zu vermuten sei. Dazu kommen noch Priesterweihen ehemals evangelischer Pfarrer.

Ist da nicht ein System? Muß man sich da nicht zur Wehr setzen?

Es wäre zu wünschen, man wüßte drüben, wie uninteressiert, hilflos, ja oft peinlich berührt katholische Kreise diese beunruhigenden Erscheinungen verfolgen, beunruhigend auch für Katholiken. System und Strategie, sie sind von der an Nöten so reichen katholischen Wirklichkeit sehr weit entfernt. Das "System" liegt vielmehr in einer innerevangelischen Heilsökonomie theologischer Metanoia: sie hat ihre eigenen Ursachen und wird von katholischen Beobachtern weithin gar nicht gesichtet, geschweige denn begriffen. Darum versteht man auf katholischer Seite auch manche aufgeregten Unternehmungen zur "Rettung des Protestantismus" nicht, von den Alarmrufen Niemöllers, an die wir uns gewöhnt haben, bis hin zum Lutherfilm. Viele Katholiken vermuten, hier werde unnötig Streit gesucht, während es sich doch nur um psychologisch sehr verständliche Versuche handelt, gegenüber bedrohlichen Schemen, die für Wirklichkeiten gehalten werden, Gegengewichte zu schaffen und theologische Unklarheiten durch imponierende Aktionen zu überdecken... Sie belasten jedoch das politische Verhältnis von Katholiken und Protestanten in Deutschland, und dieses ist - wir werden nicht müde, es zu wiederholen - nicht mehr wie in vergangenen Zeiten allein aus der konfessionellen Lage in Deutschland zu verstehen, sondern nur noch aus der ökumenischen Gesamtlage.

Aber können die ökumenischen Einflüsse das Bündnis der Christen in Deutschland sprengen?... Wir möchten annehmen, daß diese unstreitigen Belastungen nicht bedrohlich werden müssen, solange wir sorgfältiger als bisher zwischen den konfessionellen und den politischen Notwendigkeiten unterscheiden. Beide Bereiche sollten künftig schärfer auseinandergehalten werden.

Die CDU/CSU ist nämlich alles andere als eine Una-Sancta-Gruppe. Man sollte sie nie in diesen Zusammenhang stellen. Eher könnte man sagen, die U n a - S a n c t a - B e w e g u n g belaste die politische Zusammenarbeit, wenn sie bei Protestanten den Argwohn stärkt, wir versuchten eine Rekatholisierung. Besteht zu solchen Befürchtungen Anlaß? Hier und da wird in der Tat den Una-Sancta-Gesprächen in Deutschland eine zu große öffentliche Bedeutung geschenkt; es wird manchmal sogar der Meinung Vorschub geleistet, als gehöre die kirchliche Wiedervereinigung zu den politischen Notwendigkeiten. Das sollte nicht sein. Niemand wird es uns Katholiken hingegen verargen, wenn wir dieses Ringen um die Wahrheit teilnahmsvoll und zu eigener Belehrung beobachten. Unsere evangelischen Freunde finden das sogar selbstverständlich. Wir können uns auch durch berufene Sprecher und Organe außerhalb der politischen Öffentlichkeit daran beteiligen. Das wird ebenfalls begrüßt, und es kann mit innerem Gewinn für beide Seiten auf der theologischen Ebene geschehen. Ja, es könnte vielleicht sogar in manchem noch mehr getan werden, evan-

gelisches Glaubensleben bei uns verständlich zu machen. Es ist aber zu gar nichts nutze, wenn die katholische Öffentlichkeit ihr Interesse populären Tendenzen von Outsidern widmet, die aus einer vielleicht begreiflichen Enttäuschung über ihre eigene Kirche nun gleich darangehen, umstürzende Veränderungen der konfessionellen Verhältnisse zu projektieren, und damit die Gemüter erregen. Eine innerhalb der Ökumenischen Bewegung sinnvolle Aktivität zur Einebnung kirchlicher Sonderungen kann nicht auf das Verhältnis zur Katholischen Kirche angewendet werden...

Zwar können wir als Katholiken die ohne unser Zutun aufgebrochene Wahrheitsfrage nicht durch Schweigen zum Schweigen bringen. Das verlangt auch niemand von uns. Aber wir werden jeweils prüfen müssen, ob wir das Gespräch mit ökumenischen Partnern in der Begrenzung und mit den Personen führen, die Gewähr dafür bieten, daß es nicht zu unnötigem Ärgernis oder zur Beunruhigung führt. Eine theologische Unsicherheit, die wir an evangelischen Kreisen beobachten, ist bisher kein Werk katholischer Apologeten, dessen wir uns rühmen dürfen. Sie ist ein Werk innerevangelischer Besinnung, von der wir noch lernen können. Wir wollen uns darum eines katholischen Siegesbewußtseins enthalten, zumal da schwere ungelöste Probleme der Glaubensverkündigung und -bewährung bei uns anstehen. Es ist ferner eine Unsitte der katholischen Publizistik, Konversionen öffentlich auszuklingeln. Wir vergessen dabei leicht, daß nur wenige Konvertiten den Katholiken zuliebe zur Kirche kommen. Natürlich sind Konversionen zunächst auch eine Störung des Friedens - sie müssen getragen werden, da wir alle die Gewissensfreiheit hochachten -, doch gehörten sie nicht als **N e u i g k e i t** an die große Glocke. Das schließt nicht aus, daß sie mit der Zeit eine kirchliche Bedeutung gewinnen. Hier ist ein Gedulden vor dem Erntenwollen geboten.

Sind diese Zusammenhänge bedacht und Wege gefunden, danach zu handeln, so bleibt noch das leidige Kapitel der **P e r s o n a l p o l i t i k**. Auch darüber sei ein Wort gesagt: Die Frage ist mit historischen Reminiszenzen reich belastet. Katholiken fanden es im Kaiserreich, vor allem aber im alten preußischen Staat, schwer, in verantwortliche höhere Staatsämter zu kommen; man erinnert sich etwa im Rheinland heute noch recht gut daran, daß in seinen kleinen Städten selbst der Post- oder Bahnhofsvorsteher in der Regel ein Evangelischer sein mußte. Es war nur zu verständlich, daß in der Weimarer Republik die Katholiken ihre Verantwortung im Staate auch in einer gerechteren Personalpolitik ausgedrückt sehen wollten und daß sie die Änderung des Zustandes ihrer Zurücksetzung kräftig betrieben... So ist die Personalpolitik mit Ressentiments einer Kampfsituation belastet, die doch im Grunde längst überholt ist oder überholt sein sollte...

Die katholischen Bischöfe haben sich - bei allem Realismus, mit dem sie die Bedeutung auch personalpolitischer Positionen sehen - aus der Parteipolitik zurückgezogen und widmen sich der inneren Festigkeit der organisatorischen Einheit des Kirchenvolkes. Diese organisatorische Einheit gibt uns andererseits einen gewissen Vorsprung und die innere Sicherheit, personalpolitische Fluktuationen mit Geduld hinzunehmen...

Daß sich im Augenblick die Fronten am § 67 des Personenstandsgesetzes und im Zusammenhang mit der befürchteten fakultativen Zivilehe verfestigt haben, sollte man nicht tragisch nehmen. Auf weite Sicht ist viel bedeutsamer, daß die l u t h e r i s c h e M o r a l t h e o r i e - oder wie es bei den Evangelischen heißt: die politische Ethik - auf dem Wege ist, Prinzipien zu entwickeln, die trotz verschiedener theologischer Grundlegung mit den katholischen weitgehend übereinstimmen, wie die "Theologische Ethik" von Helmut Thielicke, Tübingen, und das wertvolle Werk von Walter Künneth, Erlangen: "Politik zwischen Dämon und Gott" beweisen.

Fassen wir diese Betrachtung der gefährlichen Seiten des katholisch-evangelischen Verhältnisses zusammen: Es ist ein politisches Bündnis, und wir wollen es mit allen fairen politischen Mitteln pflegen. Dazu gehört, daß wir alles wollen, was dieses Bündnis befestigt, und daß wir, was an uns liegt, alles ausschalten, was es unnötig belastet oder stört. Das ist möglich auf Grund einer sorgfältigeren Scheidung der politischen und kirchlichen Sphären, was zweifellos ein Maßhalten klerikaler Einflüsse auf katholischer wie evangelischer Seite erfordert. Eine kirchliche Annäherung ist bei der radikal verschiedenen Struktur und Gnadenauffassung keine Voraussetzung für eine politische Zusammenarbeit. Ökumenische Tendenzen - so wertvoll sie im nichtkatholischen Raum sind - dürfen nicht auf das politische Verhältnis übertragen werden. Wir haben, politisch gesehen, keine Una-Sancta zu realisieren. Berechtigte katholische Forderungen müssen auf der politischen Ebene mit politischen Mitteln unter Beachtung des übergeordneten bonum commune - so will es der Papst - betrieben werden.

Andrerseits ist auch das Verlangen, wir sollten im Glaubensgespräch und gar in der Glaubensverkündigung alles Trennende zurückstellen, eine ungute Vermischung der politischen mit der kirchlichen Ebene. In der praktischen Politik haben wir Christen gegenüber dem Staatsabsolutismus jeder Observanz nicht eine Glaubens- und Kircheneinheit darzustellen - sie würde immer künstlich und unglaubwürdig wirken -, sondern eine politische Solidarität. Es ist katholischer Kleinmut zu meinen, eine gesunde marianische Frömmigkeit störe den politischen Frieden. Dieser Friede beruht nicht auf Glaubens-

konzessionen, sondern auf klaren gemeinsamen politischen Grundsätzen, die von beiden Seiten mit gleicher Überzeugung und Festigkeit als gelebter Glaube vertreten werden. (gekürzt)

GRUNDSÄTZLICHES ZU EINER LANDTAGSWAHL

von Dr. theol. Wilhelm Kasch

Am 12. September wählte Schleswig-Holstein zum dritten Male nach dem Kriege seine Volksvertretung. Der Wähler ist gefragt, wem er das politische Geschick seines Landes für die nächsten vier Jahre in die Hände legen will. Nach dem Stand der Dinge wird seine Entscheidung entweder für die CDU oder für die SPD fallen. Und damit erhebt sich die Frage, wie die Lage der bisherigen Regierungspartei ist, die ihn auffordert, ihr erneut seine Stimme zu geben.

Ohne Zweifel hat die Christlich Demokratische Union Schleswig-Holsteins auf bedeutende Erfolge hinzuweisen. Niemand vermag zu bestreiten, daß sie auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik weit mehr geleistet hat, als sie 1950 versprach und als selbst die SPD damals forderte. Wenn das Volk ihr wiederum sein Vertrauen aussprechen sollte, dann zunächst wohl darum, weil es von der CDU erwartet, daß sie ohne große Redensarten an die Sicherung und den Ausbau des Erreichten herangehen wird. Aber hinter diesen nüchternen Erwägungen, in deren Sinne die CDU um die Stimme des Wählers bittet, werden größere Gesichtspunkte deutlich. Und sie erst sind es, die der CDU-Politik auch in Schleswig-Holstein ihren Charakter geben, den der Wähler bestätigen soll. Es ist daher für jeden von uns von Bedeutung, sich diese Gesichtspunkte erneut klarzumachen.

Die CDU ist eine christliche Partei. Das heißt nicht - wie manche Leute immer noch meinen -, daß sie Kirche und Staat vermengen wollte. Auch für das nördlichste Land der Bundesrepublik gilt, was Bundestagspräsident D.Dr. Hermann Ehlers auf dem 5. Bundesparteitag der CDU in Köln ausgesprochen hat: "Die CDU ist nicht die Kirche, und die Kirche ist nicht die CDU." Wenn die CDU sich dazu bekennt, eine christliche Partei zu sein, dann will sie damit vielmehr zum Ausdruck bringen, daß es ihr in der Politik um die Bewältigung der Aufgaben der Stunde im Sinne der Gestaltung und Bewährung des christlichen Menschenbildes geht. Ihre außen- wie innen-, bundes- wie landespoliti-

sche Nüchternheit wurzelt unmittelbar in ihrem Bekenntnis zum Christentum. Denn im Gegensatz zu Marxismus und Liberalismus, die zumindest in ihrer reinen Form eine Erlösung des Menschen durch die Politik erstreben, will die CDU in aller irdischen Vorläufigkeit das im Augenblick Notwendige mit den zweckmäßigsten Mitteln in Angriff nehmen. Wie diese aus christlichem Geiste geborene Grundeinstellung in die Politik wirkt, läßt sich etwa bei einem Vergleich der Einstellung von CDU und SPD zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft leicht sichtbar machen: Niemand in der CDU ist der Meinung, daß die EVG eine Ideallösung sei. Sie stellt aber, realistisch betrachtet, die beste der Möglichkeiten dar, die in unserer gegenwärtigen Lage verwirklicht werden können.

Jedoch nicht nur politische Nüchternheit ist das Kennzeichen der CDU-Politik:

Die CDU ist eine Weltanschauungspartei. Sie ist, wie es in einer Entschliebung des Evangelischen Arbeitskreises in Schleswig-Holstein heißt, "eine politische Partei, in der Christen beider Konfessionen ihre politische Arbeit in Verantwortung vor dem Worte Gottes tun wollen". Denn sie ist der Überzeugung, daß unser politisches Leben nur durch die Kräfte, die aus dem christlichen Glauben erwachsen, gesunden kann. Wie sehr sie damit politisch recht hat, erweist bereits die kurze Geschichte ihres Bestehens. **K e i n e P a r t e i** in Deutschland hat bisher **i n g l e i c h e r W e i s e** zur weltanschaulichen Entspannung der **P o l i t i k** beigetragen. Gerade weil sie auf alle Ideologie verzichtet, ist sie zu sachlichem Gespräch und wirklichkeitsoffener Erfassung der Lage befähigt. Die CDU denkt dabei gar nicht daran, für ihr Christentum Monopolcharakter in Anspruch zu nehmen. Wenn in allen unseren Parteien darin Einverständnis herrschen würde, daß es in der Politik nicht um Verwirklichung von "Ismen" ginge, wäre die Kennzeichnung der CDU als "christliche" Partei überflüssig - denn eine solche Übereinstimmung ist nur auf dem Boden einer christlichen Weltanschauung möglich. Wer aber möchte behaupten, daß dem so wäre!

Ganz deutlich zeigt sich dies anlässlich des von den Gegnern auch in Schleswig-Holstein erhobenen Kulturkampfgeschreies. Um was geht es denn hier? Doch darum, daß irgendwelche Leute von vorgestern Angst haben, bestimmte Ideen könnten ihre Wirksamkeit verlieren. Eben von diesen Leuten, nicht aber von der CDU - die in allem Freimut vergangene Entscheidungen zu überprüfen wagt -, wird dann der "Kulturkampf" im Namen eines verstaubten Dogmas vom Zaune gebrochen. Denn wer wollte behaupten, daß, da alles politische

Leben im Fluß ist, nur die Bismarck'sche Personenstandsgesetzgebung Ewigkeitswert besitzt?

Auf der anderen Seite sollte jedoch gerade in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, wie die CDU ohne doktrinaire Enge um wichtigerer Dinge willen ihre Anregungen zurückgesteckt hat. Nichts könnte deutlicher als diese Tatsache zeigen, daß es ihr **n i c h t** um eine Klerikalisierung unserer Politik geht. Wir sagten es schon: Gerade als christliche Weltanschauungspartei ist die CDU wie keine andere Partei in der Lage, die Nöte und Aufgaben der Wirklichkeit ohne verfärbende politische oder pseudoreligiöse Brille zu sehen. Wenn sich heute die Sozialdemokratie so gut wie der Liberalismus in einer tiefen Grundlagenkrise befinden, dann hat das seine Ursache doch vor allem darin, daß die CDU beiden Parteien gezeigt hat, daß die politische Wirklichkeit an ihren Dogmen vorübergegangen ist. Und niemand wäre froher als die CDU, wenn die SPD sich vom Marxismus lösen und unvoreingenommen die Rolle eines sachlichen Opponenten übernehmen würde.

Der aus dem christlichen Grundcharakter der CDU resultierende politische Neuansatz wird auch in ihrem Selbstverständnis offenbar: Die CDU ist weder eine Rechts- noch eine Linkspartei. Sie möchte den Arbeiter ebensogut ansprechen wie den Beamten, Angestellten, Bauern und Unternehmer. Dieses Wollen entspringt der Einsicht, daß die Unterscheidungen von Rechts und Links genau so wie die Klassentrennungen eine Folge von verkehrten und letztlich unfruchtbaren Ideologien sind, die überwunden werden müssen, wenn unser Staat gedeihen soll. Denn nur in einer gleichberechtigten, verantwortungs- und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Staatsbürger kann die Demokratie fruchtbar sein. Alle Klassen- und Kulturkampfparolen aber vergiften das politische Klima, weil sie zur Zerstörung des Vertrauens in den guten Willen des Gegners und damit zum Zusammenbruch der Toleranz führen, ohne die die Demokratie nicht lebensfähig ist.

Das Grundproblem unseres Staates ist das des Verhältnisses von Individuum und Gemeinschaft. Fordert ein einzelner Stand, eine einzelne Gruppe, eine einzelne Partei oder ein einzelnes Land schrankenlose Freiheit, kann das Handeln in der Gemeinschaft nur durch Zwang zustandekommen. Das bedeutet - sofern die Demokratie überhaupt funktionsfähig bleibt - eine Gewichtsverlagerung zugunsten der Bürokratie. Weil die CDU von der Bindung der Person an die gemeinschaftsbildenden Kräfte des christlichen Glaubens ausgeht, vermag sie, auf der einen Seite die Würde des Staates als einer göttlichen Ordnung zu betonen und andererseits diesen Staat doch daran zu hindern, autonome, omnipotente Züge anzunehmen. Abhold jedem Konfessionalismus und

Klerikalismus möchte sie von der Grundlage aller christlichen Ethik, dem Gebot der Liebe zum Nächsten, aus unser politisches Leben gestalten und die konkreten Aufgaben des Tages erfüllen. Sie wünscht daher auch, daß - wie es in einem bedeutsamen Aufruf der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins zur Landtagswahl heißt - alle Parteien sich daran erinnern, "daß Gerechtigkeit und Freiheit nur dort gedeihen, wo man Gott auch im politischen Leben als Herrn anerkennt", und nicht vergessen wird, "daß auch ein politischer Gegner der Bruder ist und bleibt, von dem das Evangelium spricht".

Eines ist hierbei freilich zu bedenken: Keine Partei kann christlicher sein als ihre Mitglieder und Wähler. Wer will, daß die CDU in Schleswig-Holstein so gut wie im Bund in dieser Weise ihre Aufgaben erfüllen soll, der muß sich zu ihr stellen und ihr bei der Verwirklichung ihrer Aufgaben behilflich sein. Wer sich dazu nicht entschließen kann, hat das Recht auf Kritik verspielt.

WIEDERAUFBAU DES GESCHICHTSBEWUSSTSEINS

von Professor Dr. Friedrich Kreppel

Ein kluger Besucher aus der sowjetisch besetzten Zone, nach seinen Eindrücken bei und von uns gefragt, gab diese Antwort: "Ihr baut Euer Haus mit vielen Fenstern und Türen nach Westen - Ihr solltet den Blick der Augen und der Herzen auch, und mehr als es offenbar geschieht, nach dem Osten, zu uns hin richten." Er meinte damit nicht in erster Linie die Hilfe in Form von Paketen für die zahllosen Menschen in Leibesnot jenseits des Vorhanges: Was ihn, und übrigens viele andere Besucher auch, besorgt macht, war vielmehr die allgemein gewonnene Erfahrung, daß es den Menschen der Bundesrepublik am wachen, am täglich lebendigen Bewußtsein steter Verantwortung für die andere deutsche Hälfte mangle.

Es gibt tausend gute Gründe, warum wir das Gesicht lieber dem Westwind zuwenden - aber es gibt keine Rechtfertigung dafür, daß wir die Ablehnung des bolschewistischen Systems nicht säuberlich von der Bejahung unserer Verbundenheit mit den deutschen Menschen in der sowjetischen und polnischen Besatzungszone trennen. Die Verneinung des russischen Regimes, die Scheu, von seinen Methoden zu hören, dürfen nicht zur Abwendung vom Geschick unseres darunter leidenden, auf Befreiung hoffenden deutschen Landes führen. Solche

Vogel-Strauß-Haltung vergißt, daß es nicht ein westdeutsches, ein mittel-deutsches, ein ostdeutsches Schicksal gibt, sondern nur ein gesamtdeutsches, in dem alle Deutschen zur Gemeinsamkeit des Tragens und Gestaltens verbunden und verpflichtet sind.

In den so zahlreichen Analysen unserer gegenwärtigen deutschen Situation gehört der Mangel an Geschichtsbewußtsein zu den bedenklichsten Erscheinungen. Die resignierte Feststellung, daß solcher Schwund eine Folge der Katastrophe sei, ist keine Basis für den Wiederaufbau dieses Bewußtseins, der bislang hinter dem wirtschaftlichen entscheidend zurückblieb. Die politische Wiedervereinigung Deutschlands setzt das Bewußtsein der geschichtlich-geistigen Einheit voraus. Der Bolschewismus weiß um diese Binsenwahrheit sehr genau: Er zerstört mit Planmäßigkeit die geschichtlichen Grundlagen der deutschen Kultur - sowohl durch die leninistische Auslegung, sprich: Verfälschung, der Geschichte, wie durch die Methode, seine eigene Weltanschauung als einziges Prisma der Betrachtungsweise einzuführen. Dieser Tendenz offensiven Charakters, die ein Propagandagefälle von Ost nach West zur Folge hat, haben wir eine planmäßige Verteidigung unserer gesamtdeutschen geschichtlichen Grundlagen gegenüberzustellen, mit dem Anspruch darauf, daß wir damit auch die Grundlagen des deutschen Lebens jenseits des Eisernen Vorhanges verteidigen und erhalten.

Jener eingangs zitierte Beobachter wies darauf hin, daß im Begriff "Bewußtsein" das "Wissen" stecke, daß er jedoch wenig Wissen um die politische Struktur des "anderen Deutschland" gefunden habe. Wir mußten ihm bedauernd recht geben. Der westdeutsche Wähler, aber auch das westdeutsche Schulkind wissen heute leidlich über das politische System etwa Frankreichs oder Englands Bescheid - über die staatliche Form der DDR und ihre Gliederung, über die jetzige Lage des Landes Preußen oder Sachsen wissen wir wenig zu sagen, ganz zu schweigen von Schlesien oder Ostpreußen. Dieser Sachverhalt ist um so betrüblicher, als die Begegnung mit den Flüchtlingen den Gedanken nahelegt, daß durch sie über die Brücke der rein menschlichen Anteilnahme auch die Kenntnis von ihrer Heimat vermittelt werden würde. Daß dies nicht geschieht, ist ein Beweis dafür, daß die Eingliederung der Flüchtlinge in unsere gesellschaftliche Ordnung nur sehr bedingt und vornehmlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gelungen ist - nicht zuletzt, weil diese Ordnung sehr brüchig ist, und weil "der Flüchtling" nicht in erster Linie als deutscher und christlicher Mitmensch gleicher Sprache, gleicher Geschichte, gleichen Glaubens, aber auch in der Besonderheit seines Stammes, seiner Heimat, seines Dialektes gesehen und aufgenommen wird.

In diesem Tatbestand kommt zum Ausdruck, daß die die Gemeinschaft eines Volkes begründenden Werte: Sprache, Geschichte, Glaube unter uns offenbar verbindender und verpflichtender Kraft eingebüßt haben und weithin aus dem lebendigen Bewußtsein verdrängt sind. Hoffen wir, daß dies nur eine Folge der allgemeinen Inflation der Werte nach ihrem Mißbrauch durch den Nationalsozialismus und bedingt durch die Katastrophe ist. Um so drängender ist die kulturpolitische Aufgabe, diese Werte in der ganzen Fülle ihres Gemeinschaftsgehaltes zu pflegen und ihre Verbindlichkeit ins wache Gewissen der Deutschen hüten und drüben zu rufen.

Einem derartigen Wiederaufbau des gesamtdeutschen Geschichtsbewußtseins sollte sich die Erziehung unserer Jugend ebenso systematisch widmen, wie wir das als selbstverständlich bei dem sonstigen Wiederaufbau wünschen und erwarten. Es wird sich dabei erweisen, daß solche planmäßige Arbeit - die im besonderen eine Aufgabe der Kultusministerien sein muß - nicht nur eine Immunisierung gegen die bolschewistische Doktrin zur Folge hat, sondern daß sie auch die Kräfte weckt, die wir zu einer Erneuerung unseres politischen Lebens brauchen.

Die Überwindung des Bolschewismus, die Sicherung gegen die in seinem Wesen liegende Aggression ist in erster Linie nicht eine militärische Frage, sondern eine geistige Aufgabe Europas. Dabei gilt von den Völkern, was von den Konfessionen gilt: Nicht eine Verwischung der Besonderheiten, nicht eine Entwurzelung aus eigenständiger Geschichte und Kultur werden zur europäischen Gemeinschaft führen, sondern deren Anerkennung und Pflege. Während aber die anderen Völker von der Einheit ihres Landes und ihrer Kultur her ihren Beitrag zum Orchester Europa leisten können, muß die westliche deutsche Hälfte für das ganze Deutschland, für die ganze deutsche Geschichte, für die ganze deutsche Kultur einstehen. Dieses Bewußtsein wieder aufzubauen, ist das Gebot der Stunde - zur Vorbereitung der Wiedervereinigung und zur echten Integrierung Europas.

GEMEINSCHAFT DER CHRISTEN UND EINHEIT DER DEUTSCHEN

Gedanken aus einem Rundfunk-Vortrag

zum Leipziger Kirchentag

von D.Dr. Hermann Ehlers

Wenn wir als B u n d e s v e r s a m m l u n g mit mehr als tausend Wahlmännern nach Berlin gehen und dort die Wahl des Bundespräsidenten vornehmen, dann ist das natürlich ein politischer Vorgang. Es ist auch eine politische Demonstration. Aber es geht im letzten doch darum: daß wir uns zutiefst den Menschen in Berlin und im Osten verpflichtet fühlen; und daß wir uns gerufen wissen, jede Möglichkeit auszunutzen, die Verbundenheit mit ihnen zu betonen. Und da möchte ich im gleichen Zusammenhang etwas sagen vom L e i p z i g e r K i r c h e n t a g. Es geht mir um den Versuch einer Bilanz - soweit man ihn in so geringen Abstand schon unternehmen kann. Dieser Kirchentag stand unter der Losung: "Seid fröhlich in Hoffnung". Es geht darum, daß hier Menschen (wenn man die Hauptversammlung am Nachmittag des 11. Juli nimmt: 500 000 oder mehr aus dem Osten und 12 000 aus dem Westen) in einer bestimmten menschlichen und kirchlichen Situation eine bestimmte Botschaft gebracht wurde.

Ein gutes Jahr ist es her, seit der n e u e K u r s in der Sowjetzone gesteuert wird, seit die scharfen Maßnahmen gegen die Kirche und ihre Junge Gemeinde abgestoppt worden sind. Ein Jahr, in dem wir von Zeit zu Zeit empfunden haben, daß diese Maßnahmen vielleicht nicht auf immer begraben sind. Und man erlebte nun in Leipzig, daß Tausende von jungen Menschen aus den Städten und Dörfern der Sowjetzone die Freiheit hatten, dort als Gemeinde, als Junge Gemeinde mit dem Zeichen der evangelischen Jugend zusammen zu sein; daß Erwachsene aller Stände in unübersehbaren Massen - unverkennbar als Leute der Zone durch ihr Auftreten, ihre Kleidung, ihre Sprache - aus ihren oft so bedrückenden Lebensbereichen heraus nach Leipzig kamen und eine neue innere Haltung gewannen. Menschen, die noch wenige Tage zuvor unter der bedrückenden Not der an sie gestellten unechten Frage einer Volksabstimmung standen und über das, was sie dabei erlebt hatten, noch im tiefsten bewegt waren. Alle diese Menschen waren plötzlich in der S i t u a t i o n e i n e r G e m e i n s c h a f t. Es wurde deutlich, daß die Gemeinschaft der Christen kein theoretisches Gerede und keine Erfindung von Literaten ist. Ich glaube, am typischsten dafür ist, daß diese Gemeinde, die aus der Zerstreuung, der Vereinzelung und oft genug aus der Unterdrückung kam, es wieder lernte zu singen. Was in der Thomaskirche, in der Nicolaikirche, in der Michaeliskirche, in der Universitätskirche, in den Messehallen aufklang an Singen, an evangelischer Kirchenmusik, an Lob Gottes, war die Darstellung

einer einheitlichen inneren Situation dieser Menschen in ihrem Glauben. - Es war dort Gemeinde, und es ist wahrscheinlich noch niemals in der evangelischen Kirchengeschichte die Einheit im Glauben praktisch so sichtbar geworden, wie in diesen Tagen.

Was hat dies nun für die **E i n h e i t d e r D e u t s c h e n** zu sagen? Politisch zunächst, vordergründig gesehen, nichts. In Leipzig war man um des Glaubens willen zusammen; man bekundete die Einheit des Glaubens, und man war nicht gekommen, um politische Reden zu halten oder um politisch zu demonstrieren. Aber gerade weil man das nicht wollte, war es ein politischer Vorgang. Es gibt Leute, die aus der Tatsache, daß auch Politiker des Westens und Politiker des Ostens **a n e i n e m T i s c h** zusammengesessen haben - übrigens nicht den berühmten Tisch, an dem die Deutschen nach den Propagandaparolen einiger Jahre zusammenkommen sollen - politische Schlüsse zu ziehen geneigt sind. Über solche Fragen ist dabei überhaupt nicht gesprochen worden. Auch diese Menschen saßen unter der Wucht des Wortes Gottes zusammen. Sie haben sich sicher in ihren politischen Meinungen dadurch nicht geändert; sie sind sich politisch so fern wie vorher. Aber dennoch meine ich, daß dieser Kirchentag, diese Begegnung von Hunderttausenden, für die deutsche Einheit etwas bedeutet. Ich bin sicher, daß die Menschen in der Sowjetzone gelernt haben, daß die Parole: man habe sie im Westen abgeschrieben, falsch ist. Und jeder von ihnen, der in Leipzig war, hat die beglückende Bedeutung eines solchen Nichtalleinseins empfunden.

Es ist in Leipzig quer durch alle politische Abschneidung hindurch dargetan worden, daß die Einheit der Deutschen da ist, und daß sie nur ihrer politischen Realisierung noch wartet. Die Vorstellung, daß fünf bis sechshunderttausend Menschen aus Leipzig in jede Stadt und jedes Dorf der sowjetisch besetzten Zone heimgekehrt sind, hat eine ungeheure geistige und politische Bedeutung: Die kirchlichen Auswirkungen werden groß sein, weil die Gemeinde innerlich gestärkt ist. Die politischen Auswirkungen werden sichtbar werden; denn hier ist die Einheit unseres Volkes an einer entscheidenden Stelle dokumentiert worden. Und - ich sagte es schon - hier haben Menschen das wieder gelernt, was in dem Wort jener Straßenbahnschaffnerin in Leipzig zum Ausdruck kam, die unter dem Eindruck alles dessen, was geschah - angesichts der Fahnen und den Klang der läutenden Glocken auf den Plätzen der Stadt im Ohr sagte: "Seit neun Jahren wird in dieser Stadt zum erstenmal wieder richtig gesungen."

ENTSCHLIESSUNG DER 5. ARBEITSGRUPPE IN WUPPERTAL

Im Zusammenhang mit den Berichten über unsere diesjährige Arbeitstagung in Wuppertal in der Juni/Juli-Ausgabe war es aus Raumgründen leider nicht möglich, die EntschlieÙung der 5. Arbeitsgruppe im Wortlaut wiederzugeben. Auf vielseitigen Wunsch bringen wir sie nunmehr an dieser Stelle zum Abdruck. Die Red.

Die Berliner Konferenz hat vor der Welt offenbart, daß die sowjetische Macht gegenwärtig nicht gewillt ist, eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit zuzulassen. Ebenso ist der Welt offenbar, daß die Deutschen, die in der sowjetischen Zone leben, die dort herrschende Unfreiheit leidenschaftlich ablehnen und sich mit dem derzeitigen Zustand niemals abfinden werden.

Wir kennen ihr Leid und ihre Hoffnung und rufen ihnen zu:

"Alles, was wir in der Bundesrepublik für den Neuaufbau unseres Staates und sozialen Lebens tun, geschieht im ständigen Bewußtsein der großen Verpflichtung für Euch. Wir erstreben mit allem, was an uns liegt, die Wiedervereinigung. Dabei sind wir uns Eures Einverständnisses sicher, daß dieses Ziel durch die Politik der europäischen Einigung und durch die Festigung der freien Welt zu erreichen ist.

Wir wissen, daß Ihr Euch nicht verwirren laßt durch die verlogene Fragestellung einer sogenannten Volksabstimmung.

Wir wissen, daß Ihr Euch nicht von der klaren Erkenntnis abbringen laßt, daß EVG und Friedensvertrag keine Gegensätze sind.

Wir wissen, wie Ihr Euch entscheiden würdet, wenn Ihr Eure Stimme in Freiheit erheben könntet.

Wir bekennen uns zu Euch und zu unserer brüderlichen Verbundenheit in Worten und Werken. Werft Euren Mut und Eure Geduld nicht weg! Glaubt nicht an die falsche Propaganda, daß wir Euch abgeschrieben hätten!

Wir machen Eure Not zu der uns'ren und wollen nicht müde werden, für Euch zu sorgen."

Deshalb rufen wir auch jetzt wieder die Deutschen in der Bundesrepublik mit großem Ernst und allem Nachdruck auf, ihre Hilfeleistung für die Menschen in der Sowjetzone im Geiste echter Nächstenliebe weiter zu verstärken und die Beziehungen von Mensch zu Mensch über den Eisernen Vorhang hinweg unablässig zu erweitern und zu vertiefen.

Der freien Welt aber rufen wir zu, daß ein zerrissenes Deutschland eine immerwährende Gefahr für die Welt ist.

GOTTES REICH -- DAS REICH DER DEUTSCHEN

von Dr. Eberhard Amelung

Die "Evangelische Verantwortung" hat es immer als eine ihrer Aufgaben angesehen, dem evangelischen Christen bei der Klärung der grundsätzlichen und aktuellen Fragen der Politik zu helfen. In einer Zeit, in der die Christen

ihre Verantwortung für das öffentliche Leben wieder erkannt haben, und in der alle überkommenen Werte fragwürdig geworden sind, ist diese Aufgabe nötiger denn je. Auch die diesjährige Arbeitstagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Wuppertal suchte unsere Stellung zu Staat und Politik zu umreißen. Die dort verabschiedeten Resolutionen der einzelnen Arbeitsgruppen dürften für die Zukunft bedeutsam sein und werden ihren Niederschlag gewiß in manchen Teilen der Gesetzgebung finden.

Eine Fortsetzung des Wuppertaler Gespräches und damit das gleiche Bemühen um die Klärung unserer Haltung zu Staat und Politik (auch zur aktuellen Politik) brachte der 3. Deutsche Evangelische Studententag vom 1.- 5. Aug. in Heidelberg. Er stand unter dem hervorragend gewählten Thema: "Das Reich Gottes - Das Reich der Deutschen" und wollte damit die Begriffe Reich, Vaterland, Volk und Nation vor der evangelischen Studentenschaft zur Diskussion stellen.

Die Tagung hatte keine bestimmte politische Aufgabe - die Anwesenheit von etwa 350 Studenten aus der Sowjetzone schloß das von vornherein aus -, sondern hier hatten sich die Glieder der Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland versammelt, um in erster Linie darauf zu hören, was die Bibel zu den anstehenden Fragen zu sagen habe. Man ist nicht immer so weit gekommen, weil sich nach Beginn des Gespräches herausstellte, daß viele Vorfragen ungeklärt waren. Aber immer wieder wurde das Bemühen sichtbar, bei der Beurteilung von den säkularen Maßstäben loszukommen.

Zur Themenwahl hatte nach Aussage der Veranstalter kein aktuelles Ereignis geführt. Jedoch, es war sicher richtig beobachtet, wenn einmal bemerkt wurde: "Bis 1951/52 hatte man in Deutschland das Gefühl: ohne die Anderen können wir nicht; seitdem aber scheint die Meinung wieder stärker aufzukommen: anscheinend können wir doch wieder ohne die Anderen..." Und so ist es wohl berechtigt, nach einigen Symptomen der letzten Zeit - vielleicht sorgend, doch nach Heidelberg auch hoffend - zu fragen: Was wird aus diesen Deutschen? Wie stellen sie sich - indem sie erwachen - zu ihrer Vergangenheit? Welche Leitbilder haben sie für ihre Zukunft? Was denken sie von den Anderen? Ja, was halten sie von sich selbst?

Thetische Antworten enthielten die vier Hauptreferate: "Das Reich der Deutschen - ein alter Traum oder ein neues Ziel?" (Professor Dr. Reinhard Wittram, Göttingen); "Vaterland - Land der Väter. Was heißt Bekenntnis zur geschichtlichen Vergangenheit?" (Professor Dr. Gerhard Ritter, Freiburg); "Das Volk ohne Vaterland. Welchen Zusammenhang haben Nationalbewußtsein

und Antisemitismus?" (Dozent Dr. Erwin Krämer, Dortmund); "Der Gott, der Eisen wachsen ließ? Welchen Einfluß hat der Glaube an Jesus Christus auf die nationale Hoffnung?" (Dr. Heinz Zahrnt, Hamburg). Es ergab sich, daß alle Referate den gleichen Problemkreis von verschiedenen Seiten her beleuchteten und sich dadurch ausgezeichnet ergänzten. An den Nachmittagen ging man in zahlreiche Diskussionsgruppen auseinander. Den sehr offen geführten Aussprachen von jeweils 20 bis 30 Studenten und den anschließenden Besprechungen der Gruppenleiter konnte man einen Querschnitt der Meinungen entnehmen: Wohl niemand hatte erwartet, daß man in diesem Kreis mit besonderer Energie für den Begriff des Volkes und der Nation eintreten, daß das "Reich der Deutschen" als erstrebenswertes Zukunftsbild aus den Reden der Jugend aufsteigen würde. Wer die Entwicklung in den Jahren seit 1945 verfolgt und versucht hat, sich von der Jugend ein realistisches Bild zu machen, der weiß, daß in ihr die Gemeinschaftsideale selten sind. Aber dennoch war die Tatsache überraschend, daß zu dem "Reich", zu der "deutschen Nation" zunächst überhaupt keine Beziehungen bestanden. Gelegentlich wurde auch über mangelnde Geschichtskennntnis geklagt - sie ist jedoch nur der Ausdruck des fehlenden Interesses an der deutschen Vergangenheit. Man stand vor den genannten Begriffen, als höre man sie zum erstenmal; ihre Herkunft, ihre geschichtliche Entwicklung, das, was sie den Vätern einst bedeuteten, war absolut unbekannt. "Dieser Jugend ist das Reich der Deutschen nicht mehr begegnet, es ist ihr nicht eindrücklich geworden" - lautete das Resumé.

Die Entmythologisierung des "Reiches" nahm man genau so widerspruchslos hin wie die scharfe Kritik am Nationalbewußtsein oder Begriff der Nation, der religiös überhöht und mit Gott in Verbindung gebracht wird. "Ich stimme dem natürlich zu!", war die Meinung derer, die sich zu Wort meldeten. - So war ein weiter Teil des Gespräches mit der Klärung der Begriffe und einer Vertiefung der gemeinsamen Kritik ausgefüllt.

Die Diskussion brach erst auf, als man sich durch die Besinnung auf die Kontinuität der deutschen Geschichte vor die Frage nach dieser deutschen Geschichte h e u t e gestellt sah. Gibt es noch eine gemeinsame Geschichte der Deutschen? Werden wir noch in besonderer Weise gemeinsam von einem Geschehen betroffen, oder haben die getrennten Teile nicht vielmehr mit anderen Völkern eine gemeinsame Geschichte? - Hatte Professor Ritter herausgestellt, daß es das Kennzeichen der Nation sei, in der Geschichte zusammengehämmert worden zu sein, so wurde demgegenüber betont, daß die Geschichte im Begriffe sei, die Deutschen "auseinanderzuhämmern". Auch diejenigen, die ein gemeinsames Lebensgefühl als für ein Volk konstitutiv ansehen wollten,

mußten sich fragen, ob dieses heute noch vorhanden sei.

Eine Antwort gab es hier nicht. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß alle diese Fragen mit Ernst gestellt wurden und niemand bereit war, sie leicht abzutun. Und wer bedenkt, daß in Heidelberg Studenten aus Ost und West zusammen waren, weiß auch, daß nicht unverbindlich geredet werden konnte.

Es war nicht verwunderlich, daß sich die Frage nach der Wiedervereinigung mehr und mehr in den Vordergrund schob. Mittel und Wege zu ihr wurden nicht berührt, um so heftiger wurde jedoch in diesem Zusammenhang darum gerungen, wie sich die Forderung nach der Einheit Deutschlands für den evangelischen Christen begründen ließe. Man wollte sich nicht damit zufrieden geben, daß diese Forderung einfach selbstverständlich sei - denn es war zu deutlich geworden, daß ein Bekenntnis zur deutschen Geschichte die Anerkennung der großen Schuld in sich schließt, die auf der deutschen Vergangenheit liegt. Gerade an diesem Punkt mußte es sich ja zeigen, ob die Haltung zur deutschen Vergangenheit echt war.

Dr. Krämer hatte eindrücklich darauf hingewiesen, daß der Studententag die Aufgabe habe, die Dinge zu Ende zu denken, und daß man gerade in diesen Fragen nicht dem Gefühl nachgeben dürfe. Diese Mahnung war für Heidelberg ebenso nicht unbegründet, wie man sie auch vielen verantwortlichen Politikern auf Grund ihrer Reden vorhalten möchte. - Im Blick auf die Wiedervereinigung mußte man sich folgende Fragen stellen: Ist es Aufgabe der Kirche, den weithin geschwundenen Willen zur Nation zu wecken, um die Wiedervereinigung zu fördern? Hat die Einheit des deutschen Volkes, hat die Wiederherstellung der deutschen Nation vor Gott einen solchen Wert, daß sich die Christen dafür stark zu machen haben? Oder besteht nicht die Gefahr, daß dadurch - gerade mit Hilfe der Christen - Nationalbewußtsein zum Nationalismus und das Volk religiös überhöht wird?

Die Antworten aus Ost und West wiesen in diesem Punkt charakteristische Unterschiede auf. Die Studenten aus dem Osten waren z.T. bereit, Volk und Nation in der theologischen Wertskala vor die Freiheit zu setzen, also die Freiheit eines Teiles hinzugeben, um zu einem deutschen Volke zu kommen. Hingegen sahen es viele aus dem Westen nicht als eine Aufgabe des Christen an, wieder eine deutsche Nation zu schaffen. Sie verneinten damit die Bemühungen um die Wiedervereinigung nicht; diese standen für sie vielmehr unter dem Vorzeichen der Hilfe am Nächsten. Aber die Gefahr eines wiedererstehenden deutschen Nationalismus erschien ihnen so groß, daß jedes Engagement in dieser Richtung abgelehnt wurde: "Wir sind dem Osten zum Nächsten

geworden, weil er keinen anderen Nächsten in der Welt hat. Wir sind dazu gerufen, für diese Menschen auch Freiheit und lebenswerte Verhältnisse zu erstreben." Das braucht dem Willen zur nationalen Einheit nicht zu widersprechen, aber die Akzente sind doch sehr verschieden gesetzt.

Alle diese Fragen sind nur ein Ausschnitt dessen, was die tausend Studenten in Heidelberg bewegte. Man möchte wünschen, daß diese Bewegung weite Kreise des Volkes erfaßte. Am Ende stand über der Veranstaltung die große Frage: Wird es möglich sein, den an Idealen leeren Raum wieder zu füllen? Oder sind die Deutschen vielleicht so ernüchtert worden, daß sie darauf verzichten werden, sich zum Handeln nur von Idealen treiben zu lassen? - In Heidelberg haben sich gute Ansätze gezeigt; denn alle Ernüchterung - nur wenige dieser Studenten werden noch "Deutschland über alles" mit Begeisterung singen - führte nicht zur Skepsis oder Resignation, sondern war durchaus Antrieb für das Bekenntnis zur politischen Verantwortung.

EIN GELUNGENES EXPERIMENT

von Dr. Erwin Lunke

In evangelischen Kreisen wird häufig darüber Klage geführt, daß im evangelischen Raum zu viel konferiert, debattiert, kurz: "getagt" werde; das Ergebnis sei, daß wesentliche und unwesentliche Dinge nicht mehr unterschieden werden könnten und echte problematische Fragen mangels größerer Abklärung und tieferer Durchdringung völlig zerredet würden. Es erscheint uns nicht zweifelhaft, daß darin ein beträchtliches Körnchen Salz steckt - die Erfahrung hat uns den Vorwurf leider schon zu häufig bestätigt. Wenn wir heute dennoch über eine - allerdings schon der Sache nach besondere - Tagung evangelischer Christen berichten und dazu Stellung nehmen, so handeln wir damit nicht gegen bessere Einsicht. Es kommt nach unserer Meinung in erster Linie nicht auf das "Was" (so wichtig es sein kann), sondern auf das "Wie" an; und das "Wie" war bei der Tagung, über die hier gesprochen werden soll, so beachtlich, daß es lohnt, einem möglichst weiten Kreis davon Kenntnis zu geben:

Die Evangelische Akademie Tutzing (in eingeweihten Kreisen wegen der Modernität ihrer Themenstellung und -behandlung berühmt oder auch - wie "Jazzpfarrer" Adolf Sommerauer - mit Mißtrauen oder gar scheelen Augen be-

trachtet) veranstaltete vom 19. bis 29. Juli nach längerer und gewissenhafter Vorbereitung eine Tagung unter dem gewiß auf den ersten Blick nicht sehr ansprechenden Titel "Politischer Klub". Sie verfolgte damit das Ziel, jungen (bewußt) evangelischen Menschen, die Interesse am öffentlichen Leben haben, einen "Zugang zur Politik" - wie das Tagungsthema lautete - zu zeigen. Die 54 Teilnehmer (ohne Referenten) aus dem gesamten Bundesgebiet setzten sich überwiegend aus Studenten und Jungakademikern sowie aus einigen wenigen Angestellten zusammen - in der Mehrzahl im Alter zwischen 20 und 25 Jahren. Die Theologenzahl war bemerkenswert klein. Was auffiel, war das Fehlen junger, bewußt evangelischer Arbeiter; niemand bedauerte dies mehr, als die Leitung der Akademie selbst, die es beim besten Willen nicht geschafft hatte, eine Anzahl von ihnen für die Tagung namhaft zu machen oder richtiger: namhaft machen zu lassen. (Es würde sich sicher lohnen, einmal zu untersuchen, woran es liegt, daß eine evangelische Jugendtagung im Gegensatz zu entsprechenden sozialistischen und gewerkschaftlichen Veranstaltungen nicht einen Arbeiter aufweisen konnte - obwohl man sich, wie gesagt, sehr darum bemüht hatte, den Teilnehmerkreis der sozialen Struktur der Bundesrepublik gemäß zusammenzusetzen.)

Wir bemerkten bereits, daß die Bezeichnung "Politischer Klub" uns nicht sehr glücklich erschien. Die Wahrheit befiehlt zu sagen, daß auch die Akademieleiter diesen Titel nur als das "kleinere Übel" wählten. Es ging ihnen darum, hiermit von vornherein klarzumachen, daß sie es ablehnten, die Jugend mit Erklärungen oder Vorträgen *ex cathedra* zu füttern, sondern daß es ihnen darauf ankam, in lebendiger, freier Wechselrede These und Antithese diskutieren zu lassen - mit dem möglichen Ziel einer Synthese - und mit dem Mittel des menschlichen Kontaktes in mehrtägigem Zusammensein von Politikern und jungen Christen das Verständnis für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten von Staat, Demokratie und Politik zu wecken. Es kann nicht nachdrücklich genug betont werden, daß es den Initiatoren der Tagung trotz z.T. massiver Widerstände in weitestem Maße gelungen ist, ihr Ziel zu erreichen. Die Erkenntnisse, die der zehntägige Klub vermittelte, sind, auf kurze Formeln gebracht:

1. Die Jugend hat mehr Interesse an der Politik, als viele der "alten Hasen" glauben oder wahrhaben möchten.
2. Die Jugend ist kritisch (z.T. zu kritisch, weil noch in einem geistigen Gärungsprozeß begriffen); wer meint, ihr mit Phrasen oder onkelhafter Herablassung genügen zu können, irrt.
3. Es wird höchste Zeit, daß ernsthafte Menschen mit sauberen und logischen Argumenten den politischen Scharlatanen, die nach der Jugend rufen und sie mehr und mehr unter ihre Fittiche

nehmen, stärker entgetreten, als das bisher geschehen ist.

4. Die politische Idee, das öffentliche Leben mit christlichem Ethos zu erfüllen und daher Menschen der gleichen christlichen Gesinnung in einer politischen Partei zu vereinen, findet auch bei der akademischen Jugend mehr Anklang, als es häufig scheint und als Sozialisten und Liberalisten (die sich mit bemerkenswerter Beflissenheit um diese Jugend bemühen) es möchten - wenn man sich nur die Mühe macht, eine Politik aus christlicher Verantwortung mit echten Argumenten sachlich zu erläutern.
5. Den Kassandrarufern sozialistischer und liberalistischer Scharfmacher, die katholische Kirche klerikalisiere mit Hilfe der CDU/CSU das öffentliche Leben, sind letzten Endes nur Momentanerfolge beschieden, wenn Sein gegen Schein, Sachlichkeit gegen Propaganda gestellt wird.

Dass "christliche Politik" von der Mehrzahl der Teilnehmer anerkannt und die Außenpolitik der Bundesrepublik verstanden wurde (obwohl die meisten als - wenn auch mehr gefühlsmäßige - Gegner der CDU/CSU nach Tutzing gekommen waren), muß weitgehend dem Referat von Bundesminister Dr. Robert Tillmanns zugeschrieben werden, dem es infolge seiner überzeugenden Klarheit und Sachlichkeit, verbunden mit innerster Durchdrungenheit der Argumentation gelang, die Tagungsteilnehmer aus einer Art Suggestion durch die brillanten, jedoch wenig besagenden Ausführungen Dr. Karl-Georg Pfeleiderers und Professor Dr. Carlo Schmid (letzterer hielt sich sehr zurück) zu befreien. Ein "Verdienst" in diesem Sinne erwarben sich allerdings auch die SPD-Referenten Ludwig Metzger (ehemaliger hessischer Kultusminister) und Hans Merten (Bundestagsabgeordneter).

Der Verfasser wurde vor Beginn der Tagung gebeten, doch u.a. mitzuteilen, wie er über die Themen denke. Es äußerte vor allem Bedenken gegen das Thema: "Konfessionalisierung, nüchtern gesehen" - und dies, obwohl ihm zu dem Zeitpunkt seiner Stellungnahme noch nicht bekannt war, w e r über dieses Thema referieren sollte. Daß ausgerechnet dem SPD-Bundestagsabgeordneten Merten, der auch als evangelischer Pfarrer auftrat (ohne daß man von dem "a.D." etwas erfuhr), die Aufgabe übertragen worden war, die "Konfessionalisierung" n ü c h t e r n zu sehen, war die einzige Fehlleitung, die der Akademie unterlaufen ist. Die peinliche Situation, die Mertens mit theologischen Argumenten nur sehr notdürftig drapierte SPD-Propaganda hervorrief, hat nicht nur alle Teilnehmer vor den Kopf gestoßen, sondern auch die Tagungsleitung, die immer um sorgfältige Objektivität bemüht war, zu einer zwar vornehmen, aber dennoch entschiedenen Distanzierung bewogen.

Die Tagung von Tutzing war ein Versuch. Er gelang. Die Diskussionen als formelles und materielles Kernstück hatten im allgemeinen ein hervorragendes geistiges und sittliches Niveau. Es kann daher nur auf das wärmste begrüßt werden,

daß das Kuratorium der Akademie zum Abschluß der Tagung - der durch ein Plädoyer des bayerischen Landesbischofs D.Dr. Meiser für eine christliche Politik (ohne das Wort selbst zu gebrauchen) ausgezeichnet wurde - versichern ließ, der "Politische Klub" werde fortgesetzt. Der Leitung der Akademie, die für das Gelingen des Experiments entscheidend war, gebührt aufrichtiger Dank. Derartige Gespräche können von Kirche, Staat und Wirtschaft nicht genug gefordert werden, denn was dort gebildet wird, ist Sauerteig.

POLITISCHER QUERSCHNITT

In diesem Sommer hat es weder klimatisch "Hundstage" noch politisch die berüchtigte "Sauregurkenzeit" gegeben. Im Gegenteil: die Ereignisse überstürzten sich, vieles wurde in seiner Entwicklung vorangetrieben, und vielleicht haben manche Entscheidungen, die im Sommer 1954 gefallen sind, wirklich geschichtlichen Charakter.

Noch ein Eiserner Vorhang

Der französische Ministerpräsident Pierre Mendès-France konnte seinen Genfer Zeitplan mit nur wenigen Stunden Verspätung einhalten. Am Morgen des 21. Juli wurde ein Abkommen erzielt, das den "schmutzigen Krieg" in Indochina nach siebeneinhalbjähriger Dauer durch einen Waffenstillstand beendete. Er ist mit dem 11. August in ganz Indochina in Kraft getreten. Seine Bedingungen: Vietnam ist (neben Deutschland und Korea) zum dritten Land geworden, das ein Eiserner Vorhang zerreißt; es wird etwa in der Höhe des 17. Breitengrades geteilt. Allgemeine Wahlen sollen für ganz Vietnam im Juli 1956, für Laos und Kambodscha bereits 1955 abgehalten werden. Die letzteren beiden Länder werden weitgehend neutralisiert.

Die "Kriegskosten" bezahlen einerseits Frankreich (fast 92 000 Tote und Vermißte, 114 000 Verwundete und 40 Milliarden DM Ausgaben, von denen Amerika rund 12 Milliarden DM getragen hat) und andererseits das nördliche Vietnam, dessen etwa 11 Millionen Einwohner nun auch dort, wohin die Vietminh-Truppen noch nicht vorgedrungen waren, unter kommunistische Herrschaft geraten sind.

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens gaben Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion, Rotchina, Vietnam, Laos und Kambodscha sowie die Delegation des Vietminh eine gemeinsame Erklärung ab. Die Vereinigten Staaten versicherten in einer besonderen Erklärung, sie würden sich jeder Drohung oder Gewaltanwendung enthalten, die das Abkommen beeinträchtigen könnte, aber jede Wiederaufnahme der Aggression und jede Verletzung des Abkommens als ernste Bedrohung der Welt Sicherheit ansehen. - In dieser Erklärung kam die Sonderstellung zum Ausdruck, die die USA bereits in der zweiten Phase der Genfer Konferenz eingenommen hatten. Es fehlte in Genf die Einheitlichkeit der Auffassungen, die die Haltung der Westalliierten in Berlin gekennzeichnet hatte. - Bereits am 22. Juli erklärte der Vietminh-Führer Ho Tschih-minh in einer Proklamation: die in Genf beschlossene Teilung Vietnams werden den Vietminh nicht daran hindern, auch Südvietnam zu "befreien".

Die französische Nationalversammlung hat das Genfer Abkommen am 23. Juli mit 471 gegen 14 Stimmen bei Stimmenenthaltung vor allem des MRP gebilligt. Die

Westmächte wollen durch einen Südostasien-Pakt einer weiteren kommunistischen Expansion in diesem Bereich vorbeugen; eine Konferenz auf den Philippinen soll sich am 7. September mit dieser Frage befassen.

Rückzug des Weißen Mannes

Es besteht kein Zweifel darüber, daß das Ergebnis von Genf nicht nur den Indochinakrieg, sondern auch die Zeit der französischen Herrschaft in Südostasien beendet hat. Der "Rückzug des Weißen Mannes" - eine der Auswirkungen der beiden Weltkriege und des erwachten Nationalismus der farbigen Völker - kommt (wenngleich in einer etwas weniger bitteren Form) auch im britisch-ägyptischen Abkommen über die Räumung der Suezkanal-Zone und im britisch-persischen Abkommen über die Beendigung des Ölkonfliktes sowie in der Auflösung der niederländisch-indonesischen Union zum Ausdruck. In den gleichen Rahmen gehören die indischen Forderungen einer Räumung der französischen und portugiesischen Besitzungen in Indien und die gesteigerten Wirren in Tunesien und Marokko. In einem weiteren Zusammenhang damit steht schließlich das Verlangen der Bevölkerung der britischen Insel Zypern nach Anschluß an Griechenland.

Mendès-France auf vollen Touren

Der französische Premier hat alles getan, um sein reichhaltiges Programm zu verwirklichen. Die zunehmenden Unruhen in Tunesien veranlaßten ihn am 31. Juli zu einem überraschenden Flug nach Tunis, wo er dem Bey in einer feierlichen Erklärung die Bereitschaft Frankreichs bekanntgab, Tunesien ohne Verzug die innere Souveränität zu gewähren. In Tunesien wurde eine neue Regierung unter Beteiligung der bisherigen radikalen Opposition gebildet. Das Nachgeben Frankreichs gegenüber Tunesien hat allerdings gleichzeitig die unzufriedenen Elemente in Marokko zu einer Reihe von Gewaltakten veranlaßt.

Die Zustimmung der Pariser Nationalversammlung zu der Neuregelung in Tunesien steht noch aus. Dagegen hat sie das von Finanzminister Edgar Faure ausgearbeitete Finanz- und Wirtschaftsprogramm Mendès-Frances am 10. August mit 361 gegen 90 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten gebilligt. Der 18-Monate-Plan zur Gesundung der französischen Wirtschaft sieht eine Produktionssteigerung und Hebung der Kaufkraft durch Erhöhung einiger Lohnstufen, ferner Exportförderung und Rationalisierung veralteter Betriebe vor. Zu seiner Durchführung erhielt Mendès-France besondere Vollmachten bis zum 31. März 1955.

Indochina, Tunesien, Wirtschaftsprogramm - das waren die Voraussetzungen, auf denen Frankreichs Ministerpräsident die Klärung der französischen Haltung zur EVG aufzubauen versprochen hatte. Nach langer Beratung einigte sich sein Kabinett in der Nacht zum 14. August auf einen Kompromißvorschlag. Dieser stieß jedoch auf den hartnäckigen Widerstand der Gaullisten; drei ihrer Kabinettsmitglieder (darunter Verteidigungsminister General Koenig) traten zurück.

Neue Sowjetnoten

In dieser für die EVG entscheidenden Phase hat auch das erwartete sowjetische Störfeuer prompt eingesetzt: Am 24. Juli richtete Moskau an die drei Westalliierten eine neue Note. Es wünschte "im Laufe der nächsten Zeit" eine neue Konferenz über das Deutschland- (evtl. auch das Österreich-) Problem. Thematisch enthielt diese Note folgende Vorschläge: 1. Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa, 2. Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, 3. Beschränkung der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Polizei bis zum Abschluß eines Friedensvertrages, 4. Neutralisierung Deutschlands, 5. Verbot der Atom- und Wasserstoffbombe sowie Einschränkung der Rüstungen und Streitkräfte. - Von einer Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege freier Wahlen war in der Note mit keinem Wort die Rede. Hingegen wurde aus-

drücklich darauf hingewiesen, daß unter den Signataren des von der Sowjetunion erstrebten "gesamteuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit in Europa" "sowohl die Deutsche Demokratische Republik als auch die Deutsche Bundesrepublik" sein, und daß sich nach Vereinigung Deutschlands der "einige deutsche Staat" dem Vertrage anschließen könnten. Die Formulierung macht deutlich, daß der Kreml gegenwärtig noch nicht an eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit denkt.

Auch diese Note verfolgte wiederum das Ziel, die Westmächte zu entzweien; sie sollte vor allem den EVG-Gegnern in Frankreich Gelegenheit geben, die Entscheidung Frankreichs weiterhin zu verschleppen. Während in den westlichen Hauptstädten noch über die Beantwortung der Note beraten wurde, forderte Moskau bereits am 4. August in einer zweiten Note für die nächste Zeit eine Art Vorkonferenz über die Konferenz betr. die "kollektive Sicherheit in Europa".

Der "Fall John"

In diesem Zusammenhang muß auch der "Fall John" gesehen werden: Am Abend des 20. Juli ist der bisherige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto John, von West-Berlin aus in die bolschewistische Sphäre übergegangen. Das gewiß nicht bedeutungslose Ereignis wurde durch zahllose Sensationsmeldungen weit über Gebühr aufgebauscht und hat auch im Ausland Reaktionen hervorgerufen, die auf keinen Fall gerechtfertigt sind.

Konnte man anfangs über die Hintergründe von Johns Positionswechsel noch geteilter Meinung sein, so bestand nach seiner ersten Äußerung im sowjetzonalen Rundfunk am 23. Juli kein Zweifel mehr darüber, daß alles, was man von ihm noch hören würde, ausschließlich der kommunistischen Diktion entsprechen würde. Und seit seiner Pressekonferenz in Ost-Berlin am 11. August ist eindeutig erwiesen, daß John ein Verräter ist. Seine lächerlichen Behauptungen über die Gefahr eines angeblichen deutschen Militarismus und Neonazismus sind nur ein Teil der bolschewistischen Propaganda, die im westlichen Ausland Mißtrauen gegen die Bundesrepublik hervorrufen soll und in erster Linie für Frankreich bestimmt ist. Tatsächlich ist (nicht zuletzt in England) eine Reihe unfreundlicher Stimmen laut geworden, die allerdings vorwiegend aus jenen Kreisen stammen, die in der Bundesrepublik einen unwillkommenen Konkurrenten auf wirtschaftlichem Gebiete erblicken.

Der Stellungswechsel Johns sollte den politischen Kredit des deutschen Volkes in zweifacher Weise schädigen: Bei den Antikommunisten sollte durch das Überlaufen eines hohen Beamten der Eindruck hervorgerufen werden, als sei das deutsche Volk gegenüber dem Kommunismus keinesfalls immun; und andererseits sollten die Behauptungen Johns nach seinem Verrat den Anschein erwecken, als gäbe es im Bundesgebiet wirklich eine "militaristische und neonazistische Gefahr".

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat am 2. August auf einer Sitzung in Baden-Baden in Anwesenheit des Bundeskanzlers vorbehaltlose und eindeutige Aufklärung aller Zusammenhänge ohne Ansehen der Person gefordert. Die überwiegende Mehrheit des Bundestages war sich einig in der Forderung, daß sich das Parlament in einer besonderen Sitzung (die voraussichtlich in der ersten Septemberwoche stattfinden wird) mit dem "Fall John" beschäftigen solle. Es geht vor allem darum, aus diesem Ereignis, seiner Vorgeschichte (John wurde der Bundesrepublik 1950 von britischer Seite aufgenötigt) und der nicht immer glücklichen publizistischen Behandlung durch die zuständigen Stellen die notwendigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Ein enttäuschender Parteitag

Wer vom SPD-Parteitag in Berlin (21. bis 24. Juli) eine Klärung der Situation innerhalb der deutschen Opposition erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Sein

Verlauf dementierte im voraus die abschließende Äußerung des (wiedergewählten) Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer: "Niemand wird sagen können, daß die SPD in Berlin klaren Entscheidungen ausgewichen sei."

Die Debatte über eine grundsätzliche Bejahung oder Verneinung einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik wies zwar gelegentlich dramatische Akzente auf, endete aber mit einem lahmen Kompromiß: Der Parteitag bejahte im Grundsatz eine militärische Verteidigung, machte dabei jedoch die Einschränkung, daß ein neuer Parteitag erst feststellen müßte, ob im konkreten Fall die Bedingungen für eine deutsche Wiederbewaffnung gegeben seien. - In der Diskussion über die geistigen Grundlagen und die Wirtschaftspolitik der Partei schlug das Pendel leicht nach der Seite der Reformisten hin aus. Insgesamt gesehen ist auch nach dem Berliner Parteitag nicht damit zu rechnen, daß die SPD einen Weg aus der politischen Sterilität der letzten Jahre findet.

Regierungsbildung in NRW

Der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni folgte die Wiederwahl Karl Arnolds zum Ministerpräsidenten durch eine starke Mehrheit des Landtages und am 27. Juli die Neubildung der Landesregierung, die nun nicht mehr von CDU und Zentrum allein, sondern auch von der FDP getragen wird. Der Wunsch der SPD, künftig an der Regierung teilzunehmen, hat sich nicht erfüllt. Die Regierungsbildung trug vielmehr dem Begehren der Wähler Rechnung, die klar ausgesprochen hatten, daß sie eine Fortsetzung der bisherigen Politik wünschten und alle Experimente ablehnten.

Karl Arnold ließ sich bei der Bildung seines Kabinetts von der Erwägung leiten, "auch vom Blickfeld des Landes aus keinen wie immer gearteten Vorwand für die Annahme zu geben, es habe eine Schwächung der deutschen außenpolitischen Basis stattgefunden"; von der außenpolitischen Entwicklung hänge auch das Schicksal Nordrhein-Westfalens, einschließlich der gerade für dieses Land so wichtigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, in hohem Maße ab. Mit Nachdruck betonte Arnold in seiner Regierungserklärung, man werde "an dem bisherigen sozialen Kurs kompromißlos festhalten".

Streik

Mit dem 4. August brach eine Streikwelle über das Bundesgebiet herein, wie man sie seit dem Kriege noch nicht erlebt hat. Sie begann in Hamburg mit einem Streik bei der Hochbahn sowie bei den Gas- und Wasserwerken, der die Bevölkerung der größten Stadt der Bundesrepublik schwer in Mitleidenschaft zog und erst am 12. August durch einen Kompromiß zwischen Senat und ÖTV beigelegt werden konnte. Am 9. August folgte ein ausgedehnter Streik in der bayerischen Metallindustrie. Andere Berufszweige (vor allem der Öffentliche Dienst) wurden von Lohnbewegungen erfaßt. Gemeinsam war allen diesen Aktionen, daß es sich nicht um Lohnforderungen im üblichen Sinne handelte, sondern daß es im Zuge der "expansiven Lohnpolitik" der Gewerkschaften um eine "Erhöhung des Arbeitnehmeranteils am Sozialprodukt" ging.

Der Ausbruch der Streiks ist zu bedauern, weil sie soziale Spannungen heraufbeschwören, an denen - wie die Streikhetze aus der Sowjetzone gezeigt hat - nur der Bolschewismus Freude empfinden kann, und weil jeder Produktionsausfall unser wirtschaftliches Potential - besonders hinsichtlich des so notwendigen Exports - schwächt. Die Streiks sind aber auch deshalb bedauerlich, weil Lohnerhöhungen nur allzuoft die berüchtigte Lohn-Preis-Spirale auslösen und damit letztlich zu Lasten der sozial schwachen Volkskreise gehen.

Die DGB-Führung hat eine zentrale Steuerung der Streiks entschieden in Abrede gestellt. Dennoch halten weite Kreise an der Meinung fest, es handle sich um Aktionen, die den Zweck verfolgten, einerseits im Sinne der SPD-Opposition der Bundesregierung innenpolitische Schwierigkeiten zu bereiten

und zum anderen angesichts des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses eine für die derzeitige Gewerkschaftsführung günstige Atmosphäre zu schaffen. Es war daher nur zu verständlich, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer in einer Rundfunkansprache am 6. August mit ernstesten Worten an die Verantwortung erinnerte, die jeder im Wirtschaftsleben Tätige nicht nur für sich, sondern für das ganze deutsche Volk trägt.

Die Brüsseler Konferenz

Um die Absichten des französischen Ministerpräsidenten hinsichtlich der EVG kennenzulernen, hatten die Benelux-Staaten im Juni eine Außenministerkonferenz der EVG-Partner vorgeschlagen, die Anfang Juli in Brüssel zusammentreten sollte. Mendès-France berief sich jedoch auf seinen "Terminkalender", so daß die Konferenz erst für den 19. und 20. August anberaumt werden konnte.

Kurz vor diesem Termin wurden die EVG-Vorschläge der gegenwärtigen französischen Regierung bekannt. Sie forderten in der Hauptsache: Die Integration der Armeen der sechs Vertragsstaaten solle sich nur auf die Streitkräfte der "vorgeschobenen Zone" beziehen, wozu alle deutschen Truppen gerechnet werden müßten. Entscheidungen des EVG-Ministerrates sollten während einer Übergangsperiode von etwa acht Jahren nur einstimmig gefaßt werden können. Die Europäische Politische Gemeinschaft solle im Vertrag nicht erwähnt werden. Der Vertrag solle automatisch mit Ablauf des Atlantikpaktes enden. Er solle erlöschen, sobald die USA und Großbritannien ihre Truppen vom Kontinent zurückzögen; er solle ferner im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands für jedes Mitglied kündbar sein. Überdies enthielten die französischen Vorschläge verschiedene Wünsche wirtschaftlicher und finanzieller Natur.

Die übrigen EVG-Staaten bezeichneten diese Vorschläge als eine Aushöhlung des ursprünglichen Vertrages. Von deutscher Seite wurde im besonderen darauf hingewiesen, daß die Wünsche Frankreichs gegen den europäischen Geist des Vertrages und gegen die Gleichberechtigung aller Partner verstießen. Auch der frühere französische Außenminister Robert Schuman wandte sich im Pariser "Figaro" entschieden gegen die Vorschläge Mendès-Frances.

Als die Brüsseler Konferenz am 19. August zusammentrat, fiel auf sie der dunkle Schatten des Todes von Alcide de Gasperi, einem der entschiedensten Vorkämpfer für ein vereinigtes Europa. Die Vorschläge aus Paris wurden von den Vertretern der übrigen EVG-Staaten abgelehnt. Im Verlauf wiederholt dramatischer Verhandlungen versuchte der Vorsitzende, der belgische Außenminister Paul Henry Spaak, die Gegensätze durch Kompromißvorschläge zu überbrücken. Schließlich einigten sich die Vertreter der fünf übrigen EVG-Staaten ihrerseits auf eine Erklärung über die Auslegung und Anwendung des EVG-Vertrages. Ihre Vorschläge verfolgten vor allem das Ziel, den supranationalen Charakter der EVG, den europäischen Gedanken und die Gleichberechtigung aller Partner zu wahren. Trotz intensiver Erörterungen und verschiedener Konzessionen von beiden Seiten konnte man nicht zu einer vollen Übereinstimmung gelangen. Das führte dazu, daß im Abschlußkommuniqué der Konferenz vom 22. August sowohl die Vorschläge Frankreichs als auch diejenigen der anderen Partner getrennt veröffentlicht wurden - mit dem Bemerken, daß trotz länger Beratungen keine Einigung erzielt worden sei.

Dennoch muß man bei einer Bewertung der Konferenz - deren Bedeutung auch durch das amerikanische und britische Interesse wie durch sowjetische Störversuche unterstrichen wurde - sein Hauptaugenmerk auf die Feststellungen des Kommuniqués richten, nach denen die Vertreter aller sechs EVG-Staaten als grundsätzliche Ziele ihrer europäischen Politik erneut folgende Punkte deklarieren: Verstärkung der europäischen Zusammenarbeit zum Schutze Westeuropas gegen jede Bedrohung, Vermeidung jeglicher Neutralisierung Deutschlands, Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands und seine

Beteiligung an der gemeinsamen Verteidigung, Suche nach einer politischen und wirtschaftlichen Formel für die westliche Integration.

Die Brüsseler Beratungen haben zu keinem voll befriedigenden Ergebnis geführt. Wenn jedoch in einem Teil der internationalen und westdeutschen Presse von einem "Scheitern" der Konferenz oder gar der EVG die Rede war, dann entsprach dies nicht den Tatsachen. "Gescheitert" sind in Brüssel höchstens jene französischen Vorschläge, die an die Substanz der EVG rührten. Es wurde eindeutig fixiert, was die fünf Partner Frankreichs nicht zuzugestehen gewillt sind. Die Fronten sind also geklärt - und es bleibt der französischen Nationalversammlung überlassen, Ende August ein entscheidendes Wort über die EVG selbst zu sprechen.

Dr. K.

UNS WIRD GESCHRIEBEN

Zum Amt der Obrigkeit und zum Gehorsam des Christen nach Martin Luthers Lehre

Der Aufsatz von Dr.theol. Gert Otto, der in Nr. 6/7 der "Evangelischen Verantwortung" unter der Überschrift: "T ö t e n m ü s s e n u n d S c h u l d i g w e r d e n ?" erschienen ist, bedarf vom Bekenntnis der lutherischen Kirche her der Ergänzung; ja, ihm muß in einem wichtigen Punkt widersprochen werden.

Dr. Otto geht von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Christ auf zwei "Ebenen" lebt: der Ebene der Welt mit der hier unvermeidlichen Sünde und Schuld und der Ebene des Heils und damit des Glaubens und der Vergebung. Er argumentiert nun in der Frage der Kriegsdienstverweigerung folgendermaßen: Wer aus christlicher Überzeugung heraus den Kriegsdienst ablehnt, weicht damit dem "Tötenmüssen" aus; er weicht aber nicht der Schuld aus: denn der Staat wird ihn dann eine andere, "Kriegszeiten entsprechende Aufgabe" auferlegen. Der Autor meint damit: Der Staat wird vom Kriegsdienstverweigerer zumindest eine indirekte Teilnahme am Kriege (und damit am "Töten") verlangen; und auch durch diese indirekte Teilnahme wird der Kriegsdienstverweigerer sich "schuldig" machen. Dr. Otto übersieht dabei, daß ein konsequenter Kriegsdienstverweigerer sich gerade durch eine solche Argumentation dazu veranlaßt sehen wird, auch jede indirekte Mitwirkung zu verweigern und somit den Staat überhaupt (nicht bloß die Kriegführung des Staates) abzulehnen - wie das ja zur Zeit Luthers die Wiedertäufer taten und wie es heute bei den sog. "Zeugen Jehovas" der Fall ist. (Es zeigt sich hier, wie eine grundsätzliche Kriegsdienstverweigerung - konsequent durchdacht - zum "Schwärmertum" führt, bzw. im "Schwärmertum" ihre Wurzel hat!)

Vom lutherischen Bekenntnis her ist nun weiter zu sagen, daß die Sätze Dr. Ottos (unter III./3./b seines Artikels): "Der Christ übernimmt den Kriegsdienst und tötet. Er wird damit schuldig; da gibt es nichts zu beschönigen oder fortzuheroisieren." - abgelehnt werden müssen. Denn Dr. Otto geht doch offensichtlich von der Voraussetzung aus, daß der Krieg "qua Krieg" (also jeder Krieg, und darum auch jedes Töten im Kriege) "Sünde" sei. In dem grundlegenden Bekenntnis der lutherischen Kirche, der "Augsburgischen Konfession" von 1530, heißt es aber in Art.XVI, Abs.1: "Von... weltlichem Regiment wird gelehret, daß... Christen mögen

in Oberkeit... ohne Sünde sein, ...Übeltäter mit dem Schwert strafen, rechte Kriege führen..." usw. Und anschließend wird in Abs.2 ausdrücklich gesagt: "Hier werden verdammet die Wiedertäufer, so lehren, daß der obengezeigten keines christlich sei..." Ferner ist in der "Apologie" der Augsburger Konfession (die Apologie ist ebenso wie die Konfession selbst geltende lutherische Bekenntnisschrift) unter Art.XVI, Ziff.6o zu lesen: "Die Rache aber und Strafe des Argen, so von der Oberkeit geschieht, ist damit (Matth.5, Röm.12) nicht verboten, sondern geboten... Dieselbige Rache geschieht, wenn man Übeltäter strafet, Krieg führt um gemeines Friedens willen (!)..." usw.

Daraus ergibt sich klar: Nach lutherischer Lehre ist die "Obrigkeit" nicht nur "berechtigt", sondern sogar "verpflichtet", Kriege - allerdings nur "r e c h t e" (d.h. gerechte und unvermeidbare) - zu führen. Tut sie das nicht - etwa aus grundsätzlichem Pazifismus heraus -, so vermeidet sie damit nicht etwa, sondern b e g e h t "S ü n d e", indem sie der ihr von Gott gestellten Aufgabe entgegenhandelt, bzw. sich ihr entzieht: nämlich das von Gott ihrem Schutze anvertraute Volk tatsächlich zu schützen. Und der einzelne Christ wiederum ist, nach lutherischer Lehre, der Obrigkeit zum Gehorsam verpflichtet - es sei denn, daß sie (der Staat) etwas von ihm verlangt, was gegen den Willen Gottes ist (Apg.5,29: "Man muß Gott m e h r gehorchen denn den Menschen"). Nur im Falle eines u n g e r e c h t e n Krieges (d.h.: wenn für ihn erkennbar ist, daß dieser Krieg ungerecht ist) kommt daher für den Christen nach Luthers Lehre "Kriegsdienstverweigerung" - dann aber nicht nur Verweigerung des direkten, sondern auch des indirekten Kriegsdienstes - in Frage. Und dann - aber auch nur dann -, so muß ferner betont werden, ist der Christ zur Verweigerung des Kriegsdienstes nicht nur "berechtigt", sondern "verpflichtet".

Die Verantwortung für die Führung eines Krieges trägt nach lutherischer Lehre die Obrigkeit: und sowohl dann, wenn sie einen unrechten oder vermeidbaren Krieg führt, als auch dann, wenn sie einen gerechten und unvermeidbaren Krieg zu führen unterläßt, macht sie sich des Ungehorsams gegen Gott schuldig. Der einzelne Christ wieder ist vor Gott dafür verantwortlich, daß er in einem unrechten Kriege die Gefolgschaft verweigert, in einem Kriege dagegen, den er nicht als "unrecht" zu erkennen vermag, der Obrigkeit Gehorsam leistet. Näheres darüber mag man auch in Luthers Schrift: "Ob Kriegsleute auch in selbigem Stande sein können" (1526) nachlesen. S i c h e r ist nach lutherischer Lehre: Der Christ, der - in der Überzeugung, der betreffende Krieg sei "recht" - seiner Obrigkeit Gehorsam leistet und Kriegsdienst tut (und dabei tötet), begeht d a m i t keine Sünde. (Eine andere Frage ist, ob er nicht, während er Kriegsdienst leistet, a n d e r w e i t sündigt - Sünden gegen das 6., 7., 8. Gebot usw. -, oder ob er nicht während des Kriegsdienstes u n n ö t i g tötet, grausam ist usw.)

Martin Luther hat einst von seinem eigenen Vater lernen müssen, daß er nicht dadurch, daß er ins Kloster ging, eine größere Heiligkeit erwerben konnte (denn er war gegen den Willen seines Vaters gegangen und hatte so gegen das 4. Gebot gesündigt). Auch wer, um sich den Versuchungen der Welt zu entziehen, ins Kloster geht, wird nach Luthers Lehre dadurch nicht sündlos; und wer, um dem "Tötenmüssen" zu entgehen, den Kriegsdienst verweigert, vermeidet damit in keinem Fall mit Sicherheit die Sünde - im Falle eines "rechten" Krieges verstößt er vielmehr sicher gegen den Willen Gottes.

Pastor Edmund Daus, Wilhelmshaven-Voslapp

=====